

Was nicht in der deutschen Presse steht

Beiträge zur außenpolitischen Diskussion

Die Presse muß die Freiheit haben, alles zu sagen, damit gewissen Leuten die Freiheit genommen wird, alles zu tun.

Louis Terrenoire

„Wer von uns hat das in irgendeiner deutschen Zeitung gelesen?“ rief *Adolph Kummer-nuss* den Delegierten des 4. Gewerkschaftstages der ÖTV zu. Die Frage bezog sich auf die Berichterstattung über den großen belgischen Streik. Aber sie gilt auch für viele andere Themen und ganz besonders für die Weltpolitik. Wir sind viel schlechter informiert, als wir meinen. Dafür heute zwei charakteristische Beispiele.

Am 24. Juli 1961 erschien in *The New York Times International Edition* in großer Aufmachung, ganzseitig, ein Vorschlag zur Lösung der Berlin-Krise. Er stammt vom National Committee for a sane nuclear policy (Nationales Komitee für eine gesunde atomare Politik), abgekürzt SANE, das seinen Sitz in New York hat und dessen Ehrenpräsidium Persönlichkeiten aus vielen Ländern angehören (Max Born, Lord Boyd-Orr, Martin Buber, Pablo Casals, Brock Chisholm, Canon L. John Collins, François Mauriac, Gunnar Myrdal, Philip Noel-Baker, C. Rajagopalachari, Lord Russell, Albert Schweitzer). In keiner deutschen Zeitung haben wir bisher dieses Dokument ganz oder auszugsweise lesen oder auch nur eine Meldung darüber finden können!

WAS NICHT IN DER DEUTSCHEN PRESSE STEHT

Das zweite Beispiel: Am 17. März 1961 haben die Ministerpräsidenten des Britischen Commonwealth einstimmig eine Erklärung zur Abrüstungsfrage veröffentlicht. Diese Ministerpräsidenten von Großbritannien, Kanada, Südafrika, Indien, Pakistan, Ghana, Zypern, Australien, Neuseeland, Ceylon, Malaya, Nigerien und der Zentralafrikanischen Föderation repräsentieren rund 650 Millionen Menschen. Aber in welcher deutschen Zeitung war diese Erklärung zu lesen?

Beide Dokumente wurden in der englisch-amerikanischen Presse selbstverständlich veröffentlicht. Nicht so in der Bundesrepublik. Auch das ist, leider, charakteristisch.

Jetzt, nach dem Gewaltstreich vom 13. August, werden von allen Seiten konkrete westliche Vorschläge gefordert — Verhandlungsvorschläge. Solche Vorschläge — für Rüstungsbeschränkungen in Mitteleuropa, für eine allgemeine kontrollierte Abrüstung, für eine wirksamere Einschaltung der UNO bei internationalen Streitigkeiten u. a. m. — sind aber seit Jahr und Tag immer wieder gemacht worden; darunter mancher „undogmatische“, der wohl mit Schwächen behaftet war, dafür aber den Vorzug der Spontaneität hatte und zumindest als Diskussionsgrundlage Interesse verdiente.

Oft genug fehlt uns aber die Kenntnis dieser Dokumente. Hier möchten die *Gewerkschaftlichen Monatshefte* von Zeit zu Zeit in die Bresche springen- Wie soll eine Meinungsbildung möglich sein, wenn wir solche Vorschläge (die wir gewiß nicht unkritisch hinzunehmen gedenken) gar nicht kennen? Darum veröffentlichen wir à *titre de documentation* — unter I den Vorschlag des SANE-Komitees und unter II die Erklärung der Ministerpräsidenten des Commonwealth.

„Berlin-Krise unterstreicht Notwendigkeit einer weltweiten Abrüstung“ überschrieb der *United States Information Service* den Bericht über die Rede, die Außenminister *Dean Rusk* am 14. August 1961, also am Tage nach dem Gewaltakt in Berlin, gehalten hat. Unsere Zusammenstellung der beiden Dokumente ist also alles andere als zufällig. Die Probleme Berlin—Wiedervereinigung—Abrüstung gehören untrennbar zusammen.

W. F.

I

Es gibt eine Alternative zum Atomkrieg!

Berlin könnte einen Atomkrieg auslösen.

Chruschtschow hat seine Bedingungen genannt. Er weiß, daß diese Bedingungen für den Westen unannehmbar sind. Er hat gesagt, daß er aus seiner Position nicht durch Gewalt oder Gewaltandrohung herausgedrängt oder -geblufft werden wird.

Kennedy hat die Forderungen von *Chruschtschow* zurückgewiesen. Er hat gesagt, daß die Vereinigten Staaten keinen Wechsel des Status von Ostdeutschland akzeptieren werden, der die Unabhängigkeit von West-Berlin gefährden würde. Auch er hat erklärt, daß die Vereinigten Staaten nicht durch die Drohung mit atomarer Gewalt oder die Tatsache atomarer Stärke eingeschüchtert werden können.

So ist das Udenkbare nicht länger undenkbar. Noch gestern haben führende Staatsmänner gemahnt, daß im atomaren Zeitalter Gewalt als ein Mittel, Streitigkeiten beizulegen, undenkbar sei. Sie machten eindringlich klar, daß die Nationen in dem Moment, in dem sie sich im Verfolg ihrer Ziele dem atomaren Krieg zuwenden, sie sowohl ihre Ziele als auch einander zerstören würden. Ein einziges mit einem Atomkopf versehenes Geschöß könnte eine todbringende Botschaft für eine Million oder mehr Menschen überbringen. Keine Verteidigung, so erfinderisch sie sein mag, könnte dem adäquat sein. Seitdem gibt es die eindeutige Warnung, daß die Zuflucht zum Krieg in der heutigen Welt dem Entschluß zum Selbstmord entsprechen würde.

Nun ist jedoch ein spezifischer Testfall entstanden und *das Undenkbare droht das Mögliche zu werden*.

Die Sowjetunion will nicht länger mit der Regelung der Fragen über Deutschland warten, die am Ende des zweiten Weltkrieges verhandelt worden waren. Wegen des Fehlens einer Vereinbarung zwischen den siegreichen Mächten war Deutschland für eine gewisse Zeit in Besatzungszonen geteilt worden. Berlin, die Hauptstadt, geriet dadurch tief in die Ostzone. Die provisorische Regelung sah für Berlin vor, daß es geteilt werde und die Westmächte durch Ostdeutschland einen Zugang nach West-Berlin haben sollten.

Die Sowjetunion empfindet, daß eine unbegrenzte Fortsetzung dieser einstweiligen Regelung untragbar ist. Ihre mutmaßlichen Gründe sind:

1. Ostdeutschland ist ausgeblutet. Jede Woche fliehen Tausende von Wissenschaftlern, Ärzten, Ingenieuren, Lehrern, Bauern und Arbeitern durch das Berliner Tor nach Westdeutschland. Die ostdeutsche Wirtschaft steht unter einer ständig wachsenden Belastung durch den andauernden Verlust lebenswichtiger Arbeitskräfte.

2. West-Berlin ist ein glitzerndes Schaufenster der freien Welt innerhalb der sowjetischen Satelliten. Kein Vergleich in der modernen Welt ist schlagender als der, der heute zwischen West- und Ost-Berlin angestellt werden kann.

3. Und am wichtigsten: Die Sowjetunion ist ernsthaft besorgt über die Wiederbewaffnung Westdeutschlands und sucht nach Einflußmöglichkeiten auf die Westmächte, um diese Militarisierung in Grenzen zu halten.

Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich sind eifrig bestrebt, das Schaufenster offen zu halten. Sie haben Westdeutschland und der Bevölkerung von West-Berlin bindende Zusagen gemacht. Sie betrachten die deutsche Militarisierung innerhalb der NATO als einen lebenswichtigen Puffer und ein Abschreckungsmittel gegen einen Angriff aus dem Osten.

Konfrontiert mit dieser Herausforderung ihrer nationalen Interessen, haben beide Seiten erklärt, daß sie an ihren Standpunkten festhalten werden. Das bedeutet, daß die betroffenen Nationen sich nun auf dem Wege zu einem atomaren Zusammenstoß befinden. Diese Tatsache ist von allen klar verstanden worden. Dennoch wünscht keine Seite, daß die andere annimmt, sie schrecke vor Gewaltanwendung zurück. Und jede hat zu erkennen gegeben, daß sie aus Angst vor einem Atomkrieg die Nerven nicht verlieren werde.

So haben, weit entfernt davon, ein Abschreckungsmittel gegen den Krieg zu sein, die atomaren Waffen gegenwärtig die Gefahr des Konflikts beschleunigt, weil sich die Nationen nun gezwungen fühlen zu zeigen, daß sie keine Hemmungen haben werden, sie zu gebrauchen, wo immer ihre Lebensinteressen direkt berührt sind.

Alle diese Tatsachen sind in der gegenwärtigen Berlin-Krise wichtig, aber eine Tatsache ist beherrschend:

Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion mögen auf ihrem souveränen Recht bestehen, miteinander wegen Berlin oder aus einem anderen Anlaß Krieg zu führen, aber keiner hat das Recht, Krieg gegen die menschliche Rasse in Verfolg nationaler Ziele zu führen.

Atomarer Krieg heute heißt, daß es unmöglich ist, sich in eine größere atomare Auseinandersetzung einzulassen, ohne daß Millionen von Menschen außerhalb der kriegführenden Mächte dabei getötet werden. Die radioaktiven Gifte, die bei einem größeren atomaren Krieg in die Luft gejagt werden, würden alle Lebewesen des größten Teils der nördlichen Breiten zum Untergang verurteilen.

Dies wirft die tiefste moralische Frage auf, der sich das amerikanische Volk in seiner Geschichte gegenübergestellt sah. Wie weit soll es — oder irgend jemand sonst — in

WAS NICHT IN DER DEUTSCHEN PRESSE STEHT

der Verfolgung seiner nationalen Ziele gehen? Ist ein Polizist berechtigt, in eine Menge zu schießen, um einen Mörder zu töten? Ist irgendeine Nation berechtigt, in den Körper der Menschheit zu schießen, um einen Feind zu töten? Das sind keine abstrakten Fragen. Sie können nicht ignoriert werden.

Wenn die Menschheit betroffen ist, dann hat die Menschheit ein Recht, gehört zu werden. Die Streitfrage von Berlin ist nicht die, ob die Sowjetunion recht hat oder ob die Vereinigten Staaten recht haben. Die Streitfrage ist vielmehr, ob es eine Ausrottung geben sollte ohne Anhörung; ob die streitenden Nationen das Recht haben, ohne Rücksicht auf Leben und Meinung anderer zu verfahren.

Dagegen wird gesagt werden, daß solche schrecklichen Eventualitäten untrennbar zum Kriege gehören und daß die Vereinigten Staaten keine Alternative haben. Aber es ist nicht wahr, daß keine Alternative besteht. Die Alternative ist: *Aktion durch die Vereinten Nationen*.

Die Vereinten Nationen wurden mit dem Ziel der Erhaltung des Friedens gegründet. Eine Bedrohung des Friedens hat nun Gestalt angenommen. Die Sowjetunion hat bekanntgemacht, daß sie beabsichtigt, das Recht in ihre eigenen Hände zu nehmen. Die Vereinigten Staaten brauchen nicht dasselbe zu tun. Die Vereinigten Staaten können die Berlinfrage vor die Vereinten Nationen bringen. Diese können ihre Stellungnahme im Zusammenhang des Weltrechts erörtern. Sie können versuchen, die Weltmeinung für eine friedliche Regelung der Berlinfrage zu mobilisieren.

Die einzige Macht in der Welt, die größer ist als die Atommacht, ist *die Macht der Weltmeinung*. Bevor nicht diese Macht erschlossen und tätig geworden ist, können weder wir noch irgend jemand anderer sagen, daß es keine andere Alternative als die der Gewalt gegen die sowjetische Unnachgiebigkeit in Berlin gibt.

Einen konstruktiven Vorschlag über Berlin vor die Vereinten Nationen bringen, kann Teil einer größeren Anstrengung sein, die nach der größtmöglichen Entwicklung der Vereinten Nationen selbst sucht — mit dem Ziel, daß die UNO das vollbringen kann, für das sie an erster Stelle geschaffen wurde.

Diese Aufgabe ist, den Frieden zu bewahren und der Bestimmung der Menschheit zu dienen.

Wenn die USA vor die UNO gehen — oder in direkten Gesprächen —, können sie diese besonderen und konstruktiven Vorschläge machen. Diese können das Minimum an Sicherheiten vorsehen, das beide, der Westen und die Sowjetunion, vernünftigerweise verlangen können. Sie zeigen den Weg zur schließlichen Wiedervereinigung dieses geteilten Landes, ohne das Risiko der Remilitarisierung, die noch einmal den Westen, die Sowjetunion und die Welt in Gefahr bringen könnte. Diese Lösung schließt die internationale Überwachung Berlins durch eine *Berlin-Behörde* und die Entwicklung eines unbewaffneten Deutschlands ein.

Indem Berlin nur ein Teil des deutschen Problems sein kann, könnte es den Schlüssel zu einer Lösung enthalten:

Eine neue Berlin-Behörde sollte durch die UNO (oder eine andere geeignete internationale Körperschaft) gebildet werden (unter Beibehaltung der Überwachung durch die Großen Vier).

Die Berlin-Behörde soll die schrittweise Vereinigung der Verwaltung von West- und Ost-Berlin überwachen, mit dem Recht, Steuern zu erheben.

Die Behörde soll die Zugangsstraßen nach Westdeutschland offenhalten und den vorgesehenen Abzug der bewaffneten Streitkräfte aller Nationen von Berlin und ihre Ersetzung durch UN-Garnisonen überwachen.

Die Behörde soll bevollmächtigt werden, die Finanzierung des Defizits von Berlin durch Ost- und Westdeutschland zu sichern.

Die Behörde soll unter dem Schutz einer Garantie des neutralen Status der Stadt durch die UNO, die NATO und den Warschauer Pakt operieren.

Das größere deutsche Problem kann auf ähnliche Weise, nämlich durch *Schaffung einer deutschen Behörde* von Seiten der UNO — in Zusammenarbeit mit den Großen Vier — in Angriff genommen werden. Diese würde für die Ausführung und Überwachung folgender Übereinkommen verantwortlich sein:

Das Verbot von Atomwaffen für Ost- und Westdeutschland.

Den schrittweisen Abzug aller fremden bewaffneten Streitkräfte vom gesamten deutschen Territorium und deren Ersetzung durch UN-Garnisonen.

Die Verminderung der deutschen militärischen Streitkräfte bis auf einen Umfang, der sie befähigt, nur der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung zu dienen.

Die dauerhafte Festlegung der deutsch-polnischen Grenze an der Oder-Neiße-Linie.

Der Prozeß des Disengagement sollte die Tschechoslowakei und Polen und vielleicht Ungarn, Dänemark und Norwegen einschließen. Ein unbewaffnetes Mitteleuropa könnte viel tun, um die Spannungen zu verringern und sollte als ein Schritt zu Übereinkommen über eine allgemeine kontrollierte Abrüstung vorangetrieben werden.

Die Großen Vier brauchen nicht zu erwarten, daß die Regierungen von Ost- oder Westdeutschland mit allen Aspekten der vorgeschlagenen Lösung einverstanden sein werden.

Jede Regelung darf nicht auf Wunschenken, sondern muß auf einem Realismus beruhen, der heutzutage die Existenz zweier unterschiedlicher und verschiedener deutscher Staaten anerkennt. Heute besteht keine Möglichkeit der Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen und Selbstbestimmung zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Nur unter internationaler Überwachung können Ost- und Westdeutschland damit beginnen, Maßnahmen zur Kooperation, zum gegenseitigen Austausch und für eine eventuelle Reintegration oder Föderation auszuarbeiten. Nur auf diesem Wege wird das Berlinproblem zu lösen sein.

II

Auf ihrer am 17. März 1961 durchgeführten Konferenz gaben die Ministerpräsidenten des Commonwealth die *einstimmig* gefaßte Erklärung ab, daß angesichts des Blutvergießens und der Zerstörungen in sogenannten konventionellen Kriegen und angesichts der Schwierigkeit, zu verhindern, daß ein „konventioneller Krieg“ sich zu einem Nuklearkrieg auswachse, ihr Ziel „in nichts weniger als der Abschaffung der Kriegsrüstungen jeder Art bestehen könne“. Die Ministerpräsidenten erinnern an den Beschluß über allgemeine und vollständige Abrüstung, der in der 14. Session der UNO-Generalversammlung gefaßt wurde, und betonten nachdrücklich, daß Abrüstung „die wichtigste Frage ist, vor die die Welt sich heute gestellt sieht“.

Aus diesem Grund verlangten die Premierminister in ihrer Verlautbarung vom 17. März 1961 *einstimmig* weitere Verhandlungen bis zum Abschluß eines Abkommens folgender Art:

1. Das Ziel muß sein: Die totale, weltumfassende Abrüstung unter wirksamer Inspektion und Kontrolle.
2. Angesichts des Blutvergießens und der Zerstörungen, die wir in sogenannten „konventionellen“ Kriegen durchmachten, und der Schwierigkeit, die besteht, einen konventionellen Krieg, wenn er einmal begonnen hat, am Übergehen in einen Nuklearkrieg zu hindern, müssen wir unsere Aufgabe in nichts Geringerem als der vollständigen Abschaffung jeder, die immer gearteter Kriegsmittel sehen.
3. Ein Abkommen zu diesem Zweck muß sobald wie möglich auf Grund nachstehender Prinzipien erreicht werden.

WAS NICHT IN DER DEUTSCHEN PRESSE STEHT

- a) Alle nationalen Militärkräfte und Kriegsmaterialien müssen auf einen Stand reduziert werden, der nach allgemeinem Dafürhalten für die innere Sicherheit notwendig ist.
 - b) Einmal begonnen, soll die Abrüstung ohne Unterbrechung weitergeführt werden, bis sie beendet ist, wobei in vorgesehenen Stufen eine Nachprüfung festzustellen hat, ob alle Kontrahenten den übernommenen Verpflichtungen getreulich nachgekommen sind.
 - c) Die Beseitigung nuklearer und konventioneller Waffen muß so organisiert (phased) werden, daß kein Staat und keine Staatengruppe zu irgendeinem Zeitpunkt einen bedeutenden militärischen Vorteil gegenüber anderen Staaten besitzt.
 - d) In bezug auf jede Abrüstungsstufe soll nach Übereinkommen jenes wirksame Inspektionsorgan geschaffen werden, das gleichzeitig mit der Abrüstungsstufe, auf die es sich bezieht, in Funktion tritt.
 - e) Die Abrüstung soll so schnell wie möglich progressiv und innerhalb vereinbarter Zeiträume erfolgen.
 - f) Im geeigneten Zeitpunkt soll ein bedeutendes und genügend bewaffnetes militärisches Korps aufgestellt werden, um jede Aggression zu verhüten und die Befolgung des Abrüstungsabkommens zu garantieren. Zugleich soll in Verbindung mit der UNO eine internationale Behörde ins Leben gerufen werden, die dieses militärische Instrument überwacht und dafür sorgt, daß es nicht für Zwecke eingesetzt wird, die nicht mit der Charta der UNO zu vereinbaren sind.
4. Auf Grund vorstehender Prinzipien sollte es bei beidseitigem gutem Willen möglich sein, in bezug auf vorliegende Pläne bestehende Differenzen auszugleichen.
 5. Die militärischen Großmächte sollten ohne Verzug direkte Verhandlungen aufnehmen — immer in Verbindung mit der UNO, die nach der Charta für die Abrüstung verantwortlich ist. Da der Friede das Anliegen der ganzen Welt ist, sollten auch andere Nationen in die Verhandlungen einbezogen werden, sei es direkt oder durch eine von der UNO zu bildende Spezialorganisation oder auf beiden Wegen.
 6. Neben den politischen Verhandlungen sollten Fachleute damit beginnen, die Einzelheiten der Inspektionssysteme auszuarbeiten, die die Vorschriften für die Abrüstung für jede Stufe festzusetzen haben, nach der Methode, die von der Genfer Nukleartestkonferenz praktiziert wird.
 7. Es muß alles getan werden, um bald ein von allen Nationen akzeptiertes Abkommen über ein dauerndes Verbot der Nuklearwaffentests zu sichern, wie den Apparat zur Kontrolle der Befolgung des Verbots. Ein solches Abkommen ist dringend notwendig, da sonst weitere Länder zu Nuklearmächten werden, was die Kriegsgefahr erhöhen und das Problem der Abrüstung noch schwieriger machen würde. Überdies würde ein Abkommen über Nuklearversuche, abgesehen von seinen direkten Vorteilen, einen mächtigen psychologischen Antrieb für Vereinbarungen auf dem ganzen Gebiet der Abrüstung liefern.
 8. Abrüstung ohne Inspektion wäre ebenso unannehmbar wie Inspektion ohne Abrüstung. Abrüstung und Inspektion sind integrierende Teile derselben Frage und müssen in einem Zuge geplant werden; beide müssen so vollständig und wirksam sein wie es irgend möglich ist. Zwar muß man einsehen, daß keine 100prozentige Garantie gegen Irrtum oder Hinterlist gegeben werden kann. Dennoch müssen wir das Risiko, das die Abrüstung birgt, dem Risiko gegenüber abwägen, das in einem weiteren Wettüben liegt.
 9. Man kann sich fragen, ob das Wettüben die Ursache oder die Folge des Mißtrauens unter den Nationen ist. Sicher ist jedoch, daß die Probleme Abrüstung und internationales Vertrauen eng zusammenhängen. Alle Nationen müssen darum neben ihren Bemühungen um die Abschaffung der Kriegsmittel ihr bestes tun, um andere Ursachen von Reibung und Verdacht aus der Welt zu schaffen.